

Digitales Brandenburg

hosted by **Universitätsbibliothek Potsdam**

Ein Jahr Bewährung der Mark Brandenburg

**Wilk, Werner
Wagner, Rudi**

Potsdam, 1946

Verwaltung

urn:nbn:de:kobv:517-vlib-1571

Dieser selbstlose und selbstverständliche Einsatz der Arbeiter in den Forster, Gubener, Spremberger, Senftenberger Fabriken und Gruben ist ein hohes Lied menschlichen Ordnungstrebens und zähen disziplinierten Lebenswillens. Schon heute haben diese Aufbauleistungen in den weitesten Kreisen der Bevölkerung beinahe legendären Ruhm erworben.



ERWALTUNG

So entstanden überall rein örtlich die ersten Selbstverwaltungsorgane, die ersten Gemeindebehörden, die ihren Bereich, ob Dorf oder Stadt, zu ordnen begannen und die dieser schweren Aufgabe mehr oder weniger gerecht werden konnten. Es ist ein besonders glücklicher Umstand, daß sie alle älter sind als die Provinzialverwaltung. So bildete sich die zusammenfassende Behörde von unten herauf, und Präsident Dr. Steinhoff konnte und mußte mit seinen engsten Mitarbeitern, den Vizepräsidenten Bechler, Rau, Rücker und Schlausener sogleich in eine unübersehbare Fülle der lebendigsten und dringendsten Aufgaben hineinsteigen. Die Provinzialverwaltung ist kein am Schreibtisch entworfenes Gebilde, sie ist buchstäblich aus den dringendsten Anforderungen gewachsen, aus Anforderungen, die die schlimmste Not stellte und die unermüdete Arbeitskraft, zäheste Ausdauer, schnellste Entschlußfähigkeit, weitgehende Verantwortungsfreudigkeit und nicht zu überbietende Geduld voraussetzten. Diese neue Provinzialverwaltung mußte sich schleunigst einen Verwaltungsapparat schaffen, der sich den außerordentlichen Ansprüchen einigermaßen gewachsen zeigen würde.

Sich auf den alten Behörden- und Beamtenkörper zu stützen, war nicht möglich, wenn man nicht gleich zu Beginn den grundsätzlichen Fehler machen wollte, der 1918 mit so verhängnisvollen Folgen begangen wurde: Einem angeblich unpolitischen Beamtenstab politische Beamte vorzusetzen, die dann über kurz oder lang in den Händen ihrer fachlich versierten Untergebenen landen mußten. Diesen Fehler zu vermeiden, gebot auch die Tatsache, daß die „unpolitischen“ alten Beamten in der Mehrheit Nazis geworden waren, denen man keine loyale Mitarbeit an der demokratischen Neuordnung zumuten konnte. Man wählte also ohne Zögern zu all den bergehohen Schwierigkeiten noch die des persönlichen Neuaufbaues der Verwaltung. Alle ehemaligen Berufsbeamten wurden grundsätzlich entlassen und jeder Angestellte wurde jeweils neu eingestellt. So wurde erreicht, daß in dem ersten Aufbaujahr keine größeren Sabotagefälle oder sonstigen Widerstandserscheinungen im Behördenapparat auftraten. Es wurde aber andererseits auch erreicht, daß die Behörden vielfach mit einem Schwung und mit einer Bereitschaft, sich einzusetzen, an die Arbeit gingen, wie man sie in den alten Amtsstuben nicht hätte finden können. Wenn trotzdem vielfach Klagen laut wurden, dann liegen die Gründe dafür einmal in der unwahrscheinlichen Schwierigkeit der Aufgaben, dann aber auch in der Notwendigkeit, langsam oder vielmehr möglichst schnell nebenher von der Improvisation zum planmäßigen, vorausschauenden Handeln zu gelangen, d. h. zugleich einen ordentlichen, nach den Begriffen moderner Behördenarbeit organisierten, beweglichen, schnell reagierenden Apparat einzurichten, und schließlich in der allgemeinen Unzulänglichkeit des Menschen. Bei aller intensiven Bemühung, für die Verwaltung die moralisch, politisch und fachlich besten Arbeitskräfte zu

finden, sind doch hier und dort Fehlbesetzungen vorgekommen. Es ist aber erfreulich, daß dieser Grund den letzten und bescheidensten Platz einnimmt. Bei wiederholten Überprüfungen aller Bürgermeister der Mark ergab sich, daß es notwendig war,

aus politischen Gründen	215
aus kriminellen Gründen	43
wegen Korruption	31
wegen Unfähigkeit	380

insgesamt also 669

zu entlassen. Das sind von insgesamt 2195 32,8 % der märkischen Bürgermeister. Diese unbrauchbaren Elemente machen der Provinzialverwaltung sehr große Sorge. Hundert anständige, tüchtige, fleißige Behördenangestellte werden von der Öffentlichkeit nicht weiter beachtet. Ein Korrupter aber wird leicht für die ganze Behörde angesehen. Die Bevölkerung wird gebeten, auf diesem Gebiet aufmerksam mitzuarbeiten und zu ihrem Teil dazu beizutragen, daß solche Elemente schleunigst entfernt werden können.

Aber auch leitende Posten in der Provinzialverwaltung mußten im Laufe dieses Jahres zum Teil neu besetzt werden, und zwar wurden bis zum 16. September 1946

von 4 Oberlandräten	2
von 22 Landräten	16
von 22 Kreisräten (stellvertretende Landräte)	17
von 9 Oberbürgermeistern	7
von 9 Bürgermeistern	1

ausgewechselt. (Nach der Auflösung des Kreises Sorau (Forst) sind heute jedoch nur noch 21 Landkreise und 9 kreisfreie Städte vorhanden.)

Hier gilt fast ausnahmslos der zuerst genannte Grund, daß heute an die leitenden Behördenangestellten Anforderungen gestellt werden, die alle früheren Vorstellungen bei weitem übertreffen. Der größte Teil von ihnen brach unter den Anforderungen einfach gesundheitlich zusammen. Ein anderer Teil hatte nicht für die Dauer die Kraft, einen inzwischen geordneten Verwaltungsapparat mit immer neuer Initiative und fester Hand zu führen und Nachlässigkeit und aufkommende Gleichgültigkeit aus dem Weg zu räumen. Viele von ihnen werden in Zukunft aber erneut am Aufbau unserer Heimat maßgeblich beteiligt sein.

Die neuen Behördenangestellten, die sich am Anfang zur Verfügung stellen, können in drei Kategorien eingeteilt werden:

1. junge antifaschistische Kräfte mit geringen oder unzureichenden fachlichen Vorkenntnissen, aber mit genügender geistiger Beweglichkeit, großer Initiative und Tatkraft,
2. alte, bestens eingearbeitete Berufsbeamte,
3. Kräfte, die sich als ungeeignet herausstellen (politisch Belastete, Korrupte, Kriminelle und Unfähige).

Die neuen antifaschistischen Kräfte haben sich gut bewährt. Sie sind — zu einem Teil — schnell in ihre neuen Aufgaben hineingewachsen und haben sich das notwendige Rüstzeug im Verlauf der Arbeit selbst angeeignet. Dem größeren Teil von ihnen ist das jedoch nicht gelungen, es fehlte an Zeit, an

Anleitung, wohl auch an schneller Auffassungsgabe. Für diese Kategorie der durchaus bewährten antifaschistischen Kräfte bildet sich die Gefahr heraus, von Fachkräften wieder hinausgedrängt zu werden. Hier kam es also darauf an, schnell Verwaltungsschulen einzurichten, um diesen jungen, im praktischen Aufbau bewährten Kräften das nötige Handwerkszeug zu vermitteln. Seit dem 10. April 1946 besteht in der Provinz Mark Brandenburg eine solche Verwaltungsschule, die noch weiter ausgebaut wird.

Die alten Berufsbeamten versagten durchweg. Ihre hervorragenden Fachkenntnisse nützten nichts, als es galt, jenseits der bestehenden Gesetze und Anweisungen neue Wege aus eigener Initiative zu finden. Aus ihrer eingelaufenen Bahn herausgerissen, waren sie nicht mehr in der Lage, an führender Stelle die vor ihnen stehenden Aufgaben zu bewältigen. Wo sie auf derartigen Posten geblieben waren, wirkten sie retardierend. Ein kleiner Teil alter Berufsbeamter hat hingegen in untergeordneten Stellungen die Durchführung vieler Aufgaben zweifellos erleichtert.

Leider nimmt die *Frau* an der Verwaltungsarbeit noch nicht in dem Maße teil, wie es zu wünschen ist. Von 48 799 Behördenangestellten der Provinz sind nur 16 750 Frauen, davon 176 in leitenden Stellungen. In 90 kreiszugehörigen Städten und 2195 Gemeinden sind durch Frauen nur die Stellen von 3 Bezirksbürgermeistern, 39 Bürgermeister, 8 stellvertretenden Bürgermeister, 2 Amtsvorstehern und 6 Gemeindevorstehern besetzt. Dadurch wird aufgezeigt, daß die Bedeutung der völligen Gleichberechtigung der Frau noch nicht überall genügend erkannt wird. Die Frauen selbst sind hieran aber nicht ganz schuldlos, denn sie haben noch immer Hemmungen, an die Öffentlichkeit zu treten. Von seiten der Provinzialverwaltung ist deshalb angeordnet worden, bei der Entsendung zur Verwaltungsschule 50 % weibliche Schüler vorzusehen.

Auch die *politische* Zusammensetzung des Verwaltungskörpers ist noch unbefriedigend. Am 20. August 1946 waren von 48 799 Personen 28 384, also weit über die Hälfte, nicht politisch organisiert, davon 18 806 nicht einmal gewerkschaftlich. Verdeutlicht man sich dieses Bild noch dadurch, daß man sich ansieht, wo die einzelnen Angestellten im Verwaltungskörper tätig sind, so erkennt man, daß die breite Masse der Angestellten, auf die die führenden Kräfte sich stützen müssen, noch viel zu wenig von der Notwendigkeit ihrer Teilnahme, ihrer lebhaften Teilnahme am politischen Geschick des Landes wissen. Hier ist noch eingehende politische Arbeit von seiten der Parteien und Gewerkschaften erforderlich, aber selbstverständlich auch von seiten der leitenden Behördenangestellten, die zugleich eine dauernde Erziehungsarbeit an ihren Mitarbeitern zu leisten haben.

Herr Erster Vizepräsident Bechler hat in einer Großkundgebung vor den Behördenangestellten in Potsdam, fußend auf den Erfahrungen des ersten Jahres, folgende 12 *Forderungen zur Schaffung eines neuen Typs des Behördenangestellten* entwickelt, die jedem einzelnen von ihnen zur unbedingten Beachtung als gewichtige Grundsätze ihrer Arbeit übergeben wurden:

1. Der Behördenangestellte muß kämpferischer, antifaschistischer Demokrat sein. Er darf nicht unpolitisch, er muß am demokratischen Aufbau Deutschlands politisch interessiert sein. Mitgliedschaft in der Gewerkschaft muß gefordert werden.
2. Der Behördenangestellte muß ehrlich, sauber, bescheiden, von anständigem Charakter und ein unbedingter Feind jeder Korruption sein.

3. Der Behördenangestellte bedarf nicht immer und unbedingt einer fachlichen Vorbildung, muß jedoch geistig beweglich sein und den Willen zur eigenen Fortbildung besitzen.
4. Der Behördenangestellte muß eine positive Einstellung zur Besatzungsmacht haben.
5. Der Behördenangestellte bedarf der Disziplin, der positiven Einstel-



Erster Vizepräsident Bernhard Bechler

- lung zu der Verwaltung. Bestehende oder neugeschaffene Gesetze sind genauestens von ihm zu beachten.
6. Der Behördenangestellte muß allen Menschen gegenüber gerecht sein, aber er muß einen unerbittlichen Kampf gegen die Gegner der Demokratie führen.
 7. Der Behördenangestellte darf nicht herrschsüchtig sein. Er muß lernen, sich selbst zu beherrschen. Er hat die Würde des anderen Menschen und seiner Mitarbeiter zu achten.
 8. Der Behördenangestellte muß ein ausgeprägtes Verantwortungsbewußtsein besitzen und darf nur im Interesse des Volkes handeln.

9. Der Behördenangestellte muß erhöhtes Verständnis und besondere Höflichkeit dem Publikum gegenüber an den Tag legen.
10. Der Behördenangestellte hat seine ganze Arbeitskraft voll und ganz einzusetzen; stete Bereitschaft im Dienst für die Interessen des Volkes muß verlangt werden. Er muß bestrebt sein, seine Arbeiten im besten Einvernehmen mit den antifaschistischen demokratischen Organisationen und den Gewerkschaften durchzuführen.
11. Der Behördenangestellte bedarf der eigenen Initiative. Er muß sich freimachen von der alten Gewohnheit, nur auf Befehle zu warten.
12. Der Behördenangestellte steht unter der dauernden Kontrolle des Volkes und ist bei Verstößen gegen die Interessen des Volkes jederzeit absetzbar.

Seine Parole bei all seiner Arbeit muß lauten: Alles mit dem Volk — alles durch das Volk — alles für das Volk!

Die verwaltungsmäßige Aufteilung des Gebietes der Mark Brandenburg folgte zunächst den ehemaligen *Kreisen*. Aber die Grenzziehung im Osten und die durch den Krieg und das Kriegsende entstandene Umgruppierung der Bevölkerung, Verlagerung von Ausgebombten, Aufnahme von Umsiedlern und Flüchtlingen, machte verschiedentlich eine andere Grenzziehung zwischen Stadt- und Landkreisen, zwischen Stadt- und Landgemeinden erforderlich. Die in der Provinz verbliebenen Restkreise Königsberg und Sorau mußten aufgelöst und in die benachbarten Kreise eingegliedert werden.

Zur Beschleunigung des Aufbaues der Verwaltung im Provinzialmaßstab und zur Verkürzung des Weges zwischen der leitenden Zentralstelle und der ausführenden Ortsbehörde wurde die Provinz in vier *Bezirke* aufgeteilt, die von vier Oberlandräten geleitet werden.

Zu Beginn dieses Jahres, also in der Mitte des ersten Jahres, auf das wir zurückblicken, veranstalteten

die Sowjetische Militärische Administration und
die Provinzialverwaltung Mark Brandenburg

eine Zusammenkunft zur Rechenschaftslegung, die in dieser Art zweifellos beispielhaft war. Alle maßgeblichen Leiter der Provinz waren im Karstadt-Haus in Potsdam zusammengekommen, um auf einer zweitägigen Tagung in ungeschminkter, offener Aussprache über alle Schwierigkeiten, Sorgen, Arbeitsumstände, Leistungen zu berichten. Die russischen Kreiskommandanten hatten sich vor dem Chef der SMA, Herrn Marschall Bogdanow, und seinem Stellvertreter, Herrn Generalmajor der Garde Scharow, ebenso zu verantworten, wie die deutschen Landräte und Abteilungsleiter vor dem Präsidium der Provinzialverwaltung. Und diese Berichte vermittelten ein erschütterndes Bild von dem verzweiflungsvollen Mühen, von den unlösbar erscheinenden Aufgaben und von den unvorstellbaren Schwierigkeiten, die sich oft dem einfachsten Beginnen entgegenstellten.

Um wenigstens eine schwache Vorstellung davon zu geben, wovon in vielen Fällen die Erfüllung der auferlegten Bedingungen abhing, sei hier aus dem Bericht des Landrats von Lebus, einem der am schlimmsten betroffenen Notstandskreise der Provinz, das Folgende zitiert:

Die Ernte wurde von uns eingebracht, das Ablieferungssoll wurde rechtzeitig, und zwar mit 100 % erfüllt. Die Herbstaussaat wurde ebenfalls mit 110% erfüllt. Natürlich hatten wir große Schwierigkeiten, beispielsweise

hätte das Ablieferungssoll überhaupt nicht erfüllt werden können, wenn nicht Voraussetzungen dafür geschaffen worden wären, elektrischen Strom in den Kreis zu bekommen. Sämtliche Leitungen waren zerstört. Die Verhandlungen mit dem Elektrizitätswerk führten zu dem Ergebnis, daß die Direktion mir erklärte, vor Mitte November sei auf keinen Fall daran zu denken, daß wir Strom erhalten können. Ich erklärte den Direktoren, daß diese Frage nicht diskutabel sei. Es kam zu keiner Einigung. Ich habe den Herren erklärt, daß jede Minute Verhandlung zwecklos ist, und daß ich versuchen werde, selbst eine Organisation zu bilden. Wir gingen daran, die Leitungen selbst zu reparieren, in den Wäldern Draht zu suchen, alte Leitungen abzumontieren, Masten in den Wäldern selbst zu schlagen, und das Ergebnis war, daß wir im September bereits Strom hatten. Als Beispiel für unsere Arbeitsweise will ich eine Strecke von 14 km anführen, für die 9 km Leitungen fehlten. Wir haben sie aus einzelnen Enden zusammengesetzt und Fachleute würden sehr erstaunt sein darüber, zu sehen, daß der Draht hier aus Stücken von zwei bis drei Metern zusammenschweißt wurde.

Oder:

Zu den Deicharbeiten ist zu sagen, daß wir die Frage bestimmt rechtzeitig gestellt haben. Aber nach einigen Monaten Schreibens mußten wir zur Selbsthilfe greifen. Die Arbeitskräfte, die uns von Berlin geschickt wurden, konnten wir nicht gebrauchen. Es waren Flüchtlinge, die sie los sein wollten, die Berlin belasteten. Aber für uns waren sie auch eine Belastung, so daß die Arbeit mit eigenen Kräften des Kreises vorangetrieben wurde. Wir mußten dabei etwas Druck ansetzen. Alle Arbeiter und Frauen erhielten einfach den Befehl, daß sie arbeiten müßten. Der Damm war in einem solchen Zustand, daß schon ein geringes Hochwasser gefährlich werden konnte. Heute ist er soweit wieder hergestellt, daß wir sagen können, er wird ein mittleres Hochwasser aushalten. Wird jedoch ein Hochwasser über Mittel kommen, dann kann für nichts garantiert werden.

Das Hochwasser kam über Mittel und der Deich brach so, wie er im Herbst schon im Kreis Angermünde gebrochen war. Es ist ein besonderes Verhängnis, daß in solchen Notzeiten trotz der allergrößten Anspannung aller Kräfte mit unzureichenden Mitteln nur unzulängliche Ergebnisse erzielt werden können, die wiederum auf andere Vorhaben lähmend und hemmend wirken.

Es ist erforderlich, der tatkräftigen Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht zu gedenken, die unter Herrn Marschall Skukow und jetzt unter Herrn Marschall Sokolowski die Mark Brandenburg als ihr besonderes Sorgenkind ansieht. In erster Linie aber muß der Sowjetischen Militärischen Administration für die Provinz Brandenburg und ihren Leitern, Herrn Marschall Bogdanow und Herrn General Scharow, gedankt werden. Wenn nicht diese Behörde mit ihren Fachabteilungen die Sorgen und Nöte der Provinz als ihre ureigensten angesehen hätte, wenn sie nicht mit unermüdlicher Energie und überlegener Planung an die brennenden Fragen herangegangen wäre, hätte es im vergangenen Winter eine Hungers- und Seuchenkatastrophe unvorstellbaren Ausmaßes in der Mark Brandenburg geben müssen.

Wenn wir heute nach einem Jahr schon etwas verwundert zurückschauen, wenn wir politisch die ersten selbständigen Schritte tun und bereits Wünsche über die zukünftige Gestaltung Deutschlands entwickeln und vorbringen können, dann verdanken wir das dem großmütigen Verständnis der Besatzungsmacht.